

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonntag, den 30. November 1918

Nummer 29

# Deutsch-tschechische Kämpfe.

## Zusammenstöße in Böhmen.

Prag, 29. November. (Nachricht des Wiener Korrespondenten.) Die deutschen Blätter melden aus Prag vom 28. 11.: Die Tschechen veranstalteten gestern Abend eine Massenkundgebung, bei der es infolge Heranzuforderungen tschechischer Arbeiter zwischen den Tschechen und der hiesigen Bürgerwehr zu Zusammenstößen kam. Die Bürgerwehr schickte bald Mule. Heute früh besetzten die Tschechen den Auffig-Teplitzer Bahnhof und das Post-Telegraphen- und Telephonamt. Im neuen Stadtviertel wurde ein Brotmagazin von den Tschechen geplündert. Die Tschechen misshandelten vielfach gewaltsam deutsche Firmeneinrichtungen. Gegen 10 Uhr versuchten sie, die Kasernen in der die Volkswehr untergebracht ist, zu nehmen. Es kam zu einem heftigen Feuerkampf, bei dem sich die Volkswehr eines Maschinengewehrs bediente. Auf Seiten der Tschechen gab es neun Tote und viele Verwundete.

die breiten Massen ist ständig im Wachsen begriffen, was bei einer im Volkshaus in Rom abgehaltenen Massenversammlung deutlich zum Ausdruck kam. Eine riesige Menschenmenge bereitete den aus der Haft entlassenen beiden Parteisekretären Lazzari und Bonacci begeisterte Sympathie Kundgebungen. Unter Leitung der Internationale zogen darauf Tausende durch die Stadt, wurden aber beim Kolosseum von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben.

Der Sozialist Mazzoni brachte in der italienischen Kammer den Antrag ein, die Regierung möge den freien Vertrieb des sozialistischen Hauptorgans „Avanti“ in ganz Italien gestatten. Im Anschluß an den Antrag Mazzonis stellte der Abgeordnete Ferri fest, daß der „Avanti“ in dreizehnmäßig Provinzen verboten ist.

## Entwicklungen

Der Reich Rat hat sich im „B.“ seine Enthaltungen über Eisner fort. Er bringt zwar keine Tatsache vor, aber er hat erwidert, daß die Tätigkeit Eisners in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch viel kompromittierender sei als die — der Regierung und Kriegsozialisten.

Das nennt man denn doch die Dinge auf den Kopf stellen! Eisner ist in der Tat in den historischen Tagen durch das damalige bayerische Kriegsministerium getötet worden. Er hat aber die Täuschung sehr bald durchschaut, seine politische Tätigkeit eingestellt und soweit es Zensur- und Belagerungszustand zuließ, gegen die Kriegstreiber und Kriegsverlängerer einen unersparlichen Kampf geführt, der ihn auch ins Gefängnis geführt hat. Der Freiheit wiedergegeben, wurde er der Organisator der bayerischen Revolution. Die „Vorwärts“-Pöner dagegen haben bis zum Ende die Kriegspolitik getrieben, haben noch zuletzt die Lösung von dem Kriegszustand ausrichtungslos und alles getan, um den Ausbruch der Revolution hinauszuballen.

Glaubt aber der „B.“ wirklich, daß Eisner kompromittiert ist, so ist es uns auch recht. Nur, wünschten wir dann, der „B.“, treuelesendend und ohne den Dammbruch in die Luft zu lassen, würde dafür ein, daß man Männer, die ebensofort „kompromittiert“ sind wie Eisner — nicht weniger und nicht mehr — an leitenden Stellen stehen.

Mit einer Entstellung ist aber der „B.“ nicht zufrieden. Er gebietet sich sehr aufgeregt, weil das Mitglied des Volksrates Wegmann gegen die sofortige Vernahme der Wahlen zur Nationalversammlung sich ausgesprochen habe, weil die „Massen noch nicht reif“ seien. Er beklagt, daß dieser Mann, nicht wie er es verdient, mit Schimpf und Schande dringend jagt worden sei. Was hat nun Wegmann in Wahrheit gesagt? Wir zitieren den „Vorwärts“-Bericht:

Wir sind uns einig, daß eine Nationalversammlung mal einberufen werden muß, aber unter den Verhältnissen, wo die politische Unruhe noch so klar aus den großen Massen hervortritt, ist es wohl vorläufig nicht angängig, eine Nationalversammlung so bald über Kopf zustande zu bringen, wie es von vielen Seiten gewünscht wird. Daß durch die Haltung des „Vorwärts“ die große bürgerliche, reaktionäre Masse in ihren Bestrebungen unterstützt wird und in dieses Gebot freudig einstimmt, ist erklärlich. Auf dem Lande haben Landräte und Pfaffen noch großen Einfluß. Da ist die Stimmung noch nicht reif für die Nationalversammlung. Vorläufig muß ein Gesamtkongreß der Arbeiter und Soldatenräte in Berlin zusammengetreten.

Der Sinn dieser Ausführungen ist unverkennbar. Nachdem das deutsche Volk vier Jahre hindurch irreführt und betrogen worden ist, bedarf es Zeit für die Aufräumarbeit, um eben die Massen mit den wahren Zielen der Revolution und des Sozialismus bekannt zu machen. Der „Vorwärts“ aber reißt die Stellen aus ihrem Zusammenhang um Wegmann als Gegner des Selbstbestimmungsrechtes der Massen überhaupt darzustellen zu können, derselbe Vorwärts, der mit seinen Freunden sich nicht genug tun kann, über den „Chaos“ in den Soldaten- und Arbeiter- räten zu schimpfen! Eine nette Kompromißweise!

## Heimkehr der Truppen aus der Ukraine.

Kiew, 29. November. Zeitungsangaben zufolge ist zwischen dem ukrainischen Reiches-Ministerium und der deutschen Eisenbahn-Verwaltung eine Einigung über die Heimbeförderung der deutschen Truppen aus der Ukraine erzielt worden. Die Heimbeförderung wird etwa drei Monate dauern, bei täglicher Abfertigung von sechs Zügen in beiden Hauptrichtungen.

## Mangelnde Organisation.

A. S. Die stürmische Versammlung der Soldatenräte am Donnerstag und die nicht minder erreichte Versammlung der Arbeiterräte am Freitag haben eine Reihe Fragen aufgeworfen, von deren klärender Erledigung für den weiteren Gang der Revolution sehr viel abhängt. Es handelt sich um nichts weniger als um die Klärung der Räte-Organisation, die sich in Berlin noch immer nicht konsolidiert hat. Vielleicht ist es der allzu große Umfang des A- und S-Rates von Groß-Berlin, daneben aber auch die ungeheure Fülle der ihm zufallenden Aufgaben, die zu einer Spannungs- und Unzufriedenheit geführt haben, welche sich in den Versammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte entluden.

Es bedeutet schon an sich einen Mißstand, daß die Arbeiter- und die Soldatenräte nach der ersten gemeinsamen Sitzung im Rikhs-Buch am 10. November ein Sonderdasein führen, und nur durch ihre Vertreter im Vollzugsausschuß miteinander in Verbindung treten. Diese Trennung widerspricht dem Grundcharakter der Arbeiter- und Soldatenräte, deren Aufgabe in der jetzigen Revolutionsperiode eben darin besteht, die schöpferischen Kräfte der Arbeiter und Soldaten zur gemeinsamen aufbauenden Arbeit zusammenzuführen. Gewiß haben die einen und die anderen ihre Sonderinteressen, die am besten von den betreffenden Gruppen allein erledigt werden. Aber wichtiger als diese Interessen sind die Interessen der Revolution, die nur durch gemeinsame Arbeit vertreten werden können. In der Provinz ist diese Zusammenarbeit in vielen Orten gescheitert. In Berlin ist durch die fehlerhafte Organisation von Anfang an eine gewisse Entfremdung zwischen Arbeitern und Soldaten eingetreten, die von Demagogen vertieft und zum Nachteil der Revolution ausgenutzt wird.

Ein zweiter Mangel ist das schwankende Fundament, auf dem namentlich die Soldatenräte ruhen. Es ist in der Sitzung der Soldatenräte am Donnerstag heftig darüber neklosat worden, daß noch immer nicht die Mandate der Mitglieder auf ihre Rechtmäßigkeit geprüft worden seien. Jede Schreibstube, so wurde erklärt, in der ein paar Mann sitzen, halte sich für berechtigt, einen Delegierten mit einem abgestempelten Mandat in den Soldatenrat zu entsenden. Was das bei der Fülle der verschiedenartigsten militärischen Dienststellen in Berlin bedeutet, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden. Nicht umsonst gehen die heftigsten Angriffe gegen den Vollzugsrat von Delegiertenkreisen aus, die mit dem militärischen Bürokratenapparat eine verflochten sind. Gewiß ist das nicht die Regel, aber die vielfach laut werdenden Klagen über Unrechtmäßigkeiten bei der Entsendung von Delegierten lassen es als unumgänglich notwendig erscheinen, das Fundament der Arbeiter- und Soldatenräte, die Wahlen der Delegierten einer anerkannt objektiven Prüfung zu unterziehen. Wir haben die Forderung nach der Einleitung einer Mandatsprüfungskommission schon längst erhoben. Leider ist dieser Ruf ungehört verhallt.

Trotz der problematische Charakter mancher Mandate einen Zug von Unklarheit und Ungerechtigkeit in die Räte-Organisation hinein, so führt andererseits der amorphe, innerlich nicht realisierte Charakter der Organisation selbst zu einer Verhinderung ihrer Aktionsfähigkeit und letzten Endes zu einer Auflösung des Vollzugsorgans von seinen Auftraggebern, den Arbeiter- und Soldatenräten selbst. Statt daß sich die Exekutive, der Vollzugsrat, aufbaut auf einem festgelegten Mechanismus, in dem jedes Glied seine besonderen Funktionen hat, bewegt er sich gleichsam über der Masse der Delegierten, die zwar ihre Funktionen als Kontrollorgan in den Betrieben und militärischen Formationen ausüben, aber nicht in der Lage sind, an der Politik und der Tätigkeit des A- und S-Rates als Ganzes ihren Anteil zu nehmen, der allein die Organisation zusammenhalten und den Vollzugsrat aktions-

## Deutsche Eizenhahner gegen tschechische Ueberariffe.

Reichenberg, 29. November. Auf der deutschen Straße der böhmischen Nordbahn streifen seit Montag 3000 Arbeiter, Beamte und Bedienstete. Zwischen dem deutschen Staatsrat und der tschechischen Regierung lären Verhandlungen über die Belassung des Streiks. Die Haltung der Auswärtigen ist musterhaft.

## Eine Wahlrede Lloyd Georges.

London, 29. November. In einer heute vormittag in New Castle gehaltenen Rede sagte Lloyd George, das englische Volk wird bei den bevorstehenden Wahlen darüber zu entscheiden haben, nach welchen Grundrissen der Wiederaufbau des Landes während der nächsten fünf Jahre stattfinden und wer mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt werden soll. Das Land sollte nicht zu dem alten Parteilystem zurückkehren, bevor es dazu gezwungen wird. Ich würde es begrüßen, wenn sich bei den Wahlen die besten Elemente aller Parteien zusammenschließen, um die ungeheuren Schäden, die das Land durch den Krieg erlitten hat, wieder herzustellen. Es ist zwischen drei Parteien zu wählen, der Partei Macdonald, der Partei Asquith und der Partei der gegenwärtigen Koalitionsregierung.

## Die sozialistische Bewegung in Italien.

Zugano, 30. November. Die sozialistische Bewegung in Italien hat in den letzten beiden Wochen durch die Forderung der Zensurbestimmungen einen starken Auftrieb erfahren. Der Einfluß der sozialistischen Führer auf

# Demokratie und Revolution.

Von Dr. Gustav Weyden.

Wir geben gern die Ausführungen des bekannten Pädagogen wieder, der von einem anderen Standpunkt aus als dem unseren zu dem Recht der sozialistischen Regierung auf Ausübung der Diktatur in der Übergangszeit gelangt.

Es gibt zwei Arten von Revolutionen. Die von 1789 begann mit dem Nachweis, daß der „dritte Stand“, das Bürgertum, die erdrückende Mehrheit des Volkes bilde, tatsächlich aber von einer kleinen Minderheit Privilegierter entrechtet sei. Die Revolution bestand darin, daß das Recht der tatsächlich bestehenden Massen- und Kräfteverteilung angepaßt wurde, in einer gleichmäßigen Neuverteilung des Rechtes. Man könnte eine solche Revolution der Mehrheit zugunsten der Mehrheits Herrschaft eine quantitative nennen. Sie ist die im eigentlichen Sinne demokratische. Ihr Axiom ist: der Wille der Mehrheit sei Gesetz. Dieser Satz erscheint so selbstverständlich, daß viele in seinem Sinn Befangene scheinbar gar nicht begreifen können, daß er keine unbedingte Geltung hat.

Denn es gibt auch noch eine andere Art von Revolution (von der sich in der demokratischen Welt starke Spuren finden). Wenn in einem Staat die Sklaven sich erheben und ihr „Recht“ fordern, so wird an der Berechtigung solcher Revolution auch dann niemand zweifeln, wenn sie etwa die Minderheit bilden sollten und die Mehrheit über den Fortbestand der Sklaverei einig wäre. Was für ein „Recht“ liegt hier der Revolution zugrunde? Nennen wir es: das Menschenrecht, das Recht der Natur (so sagte man früher). Also neben der staatsrechtlichen Revolution gibt es auch die naturrechtliche, neben der formalrechtlichen, quantitativen die vom Inhalt des Rechtes und von der Qualität, dem Zustand des Menschenlebens ausgehende.

Auch in unserer Revolution mischen sich beide Elemente und verbinden sich noch nicht recht. Das Bürgertum samt manchen sich anschließenden Sozialisten verstehen nicht, wie man gegen eine scheinbar so selbstverständliche Forderung wie die Herstellung der geordneten Demokratie (Mehrheits Herrschaft) Bedenken haben kann. Staatsrechtlich sind sie vollständig im Recht; aber hier regt sich gegen das rein staatsrechtliche, quantitative Prinzip das naturrechtliche, qualitative Gewissen: verhängt und die Mehrheits Herrschaft auch wirklich menschenwürdige Zustände? Wie sie darüber nicht beruhigt ist, wird die naturrechtliche Revolution ihren Posten nicht verlassen. Das ist, kurz gesagt, der Zustand dieser langen Tage.

Denn auch der Wille der Mehrheit ist nicht unbedingte Rechtsquelle, sondern hat recht nur unter der Bedingung, daß er das Naturrecht, das Menschenrecht, nicht verletzt. Es gibt unbedingte (man könnte sagen: heilige) Rechte, die auch kein Wille einer Mehrheit antasten darf, und die außerhalb aller Diskussion stehen. Solange diese nicht gesichert sind, ist für die Verwirklichung der Revolution im Sinne der Demokratie (nicht das einzige mögliche Ende einer Revolution, aber das einzige ihr und im Frage kommende) noch nicht die Zeit gekommen. Das ist eine unbestreitbare Wahrheit, und diese Wahrheit bildet die innere Kraft der Sozialisten-Gruppe. Richtig ist nun das große Problem, was nun den konkreten Inhalt dieser Menschenrechte ausmache und worüber entschieden solle. Praktisch gibt es dafür, da wir kein abschließendes Urteil haben, nur die eine Antwort: die Stimme der Vernunft in den Beschreibungen menschlicher und rechtlicher Menschen.

Das ist der Weg, den wir jetzt zu gehen haben. Es gilt sich über das naturrechtliche Minimum zu einigen, das absolut gesichert sein muß, auch gegen jeden nachträglichen Einspruch einer Mehrheit, ehe man mit ruhigem Vertrauen der Mehrheit das gegenwärtigen Zwischenglied, dessen baldige Beendigung durchaus nötig, aber nicht möglich ist, wenn nicht zuvor diese Bedingung der Sicherung des naturrechtlichen Minimums begriffen und erfüllt wird.

Was dahin ist die Regierung nichts als die in Permanenz erklärte Revolution, und ihre Anordnungen sind nicht Gesetze im demokratischen, noch auch Verfassungen im bürokratischen Sinn, sondern fortlaufende Akte der Revolution. Und die Regierung hat alles Recht auf ihrer Seite, wenn sie sich jetzt nicht beanlagt mit intermittierenden Verordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung

und zur Heberleitung in einen gewissen Dauerzustand und grundsätzliche Neuordnungen der Demokratie überführt, sondern wenn sie im Gegenteil gewisse grundsätzliche und außerordentliche Diskussionen stehende, unbedingte Forderungen, Forderungen des staatsrechtlichen Gewissens, des internationalen Imperativs erfüllt und ihre Erfüllung sichert. (Um Beispiele zu nennen: das menschenwürdige Dasein jedes Bürgers auf wirtschaftlichem Gebiet; oder die Wissenschaftsfreiheit und daraus folgende die Befreiung des Staates und der Kirche von ihrer gegenseitigen Bindung).

Was ist also zu tun? Einigkeit unter den die künftige Mehrheit bildenden Parteien herbeiführen über ein unantastbares, unter allen Umständen durchzuführenes Minimalprogramm, das so beschaffen sein muß, daß es dem Volksgewissen und „dem Recht, das mit uns geboren ist“, entspricht. Erst dann kann die Revolution in den Dauerzustand der Demokratie übergeführt werden.

## Die Wahl zur Nationalversammlung.

(Eine offizielle Mitteilung.)

Berlin, 29. November. (W. T. V.) Der Rat der Volkbeauftragten hat in seiner heutigen Sitzung die Verordnungen über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) angenommen. Das Wahlrecht wird den Grundbesitzern des Rufrechts vom 12. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung des Friedensvertrages vorgegriffen wird, in 35 Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je sechs bis sechzehn Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 16. Februar 1919 stattfinden. Das Reichswahlgesetz und die dazu gehörigen Wahlordnungen werden morgen im Reichsgesetzblatt verkündet werden.

## Die Schuldigen.

Herr von Bethmann Hollweg hat sich interviewen lassen, um seine Unschuld am Ausbruch des Krieges darzutun. Dann hat Herr Zimmermann, der 1914 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt war, sich in einer Unterredung mit einem Pressevertreter von der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges reinzuwaschen gesucht. Nicht er scheint als Dritter Wilhelm von Hohenzollern auf dem Plane, um der Welt darzutun, daß ihm keine Schuld treffen könne. In der „Allgemeinen Zeitung“ berichtet der Kriegsberichterstatter Professor Dr. Wegener über eine Besprechung mit Wilhelm, die er angeblich bereits am 3. November mit dem Ex-Kaiser hatte, fünf Tage vor der Flucht der Majestät nach Holland. Dabei ließ sich Wilhelm — abgesehen von allerlei Darlegungen über die Schuld Rußlands bei der Entscheidung der Dinge — wie folgt äußern:

„Die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Krieg“, sagte er, „haben Bethmann und Jagow allein gemacht. Ich wußte überhaupt nichts mehr davon. Sie haben mich ja durchaus wider meinen Willen nach Moskau geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gesamtheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Aber der Reichskanzler sagte mir: „Müssen Sie nicht die Reise antreten, um den Frieden zu wahren; wenn Majestät hier bleiben, gibt es sicher Krieg, und die Welt wird über Majestät die Schuld daran zuschieben.“

Nun, da bin ich denn gereit, und während der ganzen Zeit habe ich von meiner Regierung keine Nachrichten über die Vorgänge erhalten. Ich erfuhr eigentlich nur aus den norwegischen Zeitungen, was in der Welt geschah, so auch von dem Fortgang der russischen Mobilisierungsvorbereitungen. Als ich dann aber das Auslaufen der englischen Flotte hörte, da bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Meinem hätte ich mich abzugeben. Auf meinen Befehl sind auch noch die deutschen Schiffe, die in norwegischen Häfen lagen, zurückgelassen. Später wäre das nicht mehr möglich gewesen.“

Diese Angaben Wilhelms erscheinen nicht gerade übermäßig glaubwürdig. Sie widersprechen der Darstellung

## Cophtisches Lied.

Geh! gehorche meinen Winken,  
Ruhe deine jungen Tage,  
Lerne zeitig Klugheit sein!  
Auf des Glückes armer Wage  
Stiehlt die Junge selten ein:  
Du mußt steigen oder sinken,  
Du mußt berücken und gewinnen,  
Oder dienen und verlieren,  
Scheiden oder triumphieren,  
Amboß oder Hammer sein.

Goethe.

## „Êtes-vous contents“?

Wider der Schicksalswende in Brüssel.  
Von Otto Scholge-Schotten.

Diese Luft in dem vollgepöppelten belgischen Eisenbahnwagen! In Köln hatte ich abends umsteigen müssen. Ohne Licht — wie gewöhnlich — fuhr der Zug nun langsam durch Belgien. Diese Stimmung im Abteil! Was hatten wir Kameraden, die wir wieder für wenige Stunden bunt zusammengewürfelt waren, daheim zurückgelassen! Welch ein Urlaub war das gewesen, welche Hochspannung der Erwartung lebte in uns nach diesen politischen Ereignissen in Deutschland, für mich in Berlin — in keiner Stadt lebt man potentieller! Man spürte, ahnte, wußte bereits, daß in den letzten Oktober- und ersten Novembertagen nur die Covertüre gespielt war.

Alles sah kumm. Nur von Zeit zu Zeit fielen Worte, Worte, die wie Schlaglichter die vorausgegangenen Gedankengänge erhellen. Kaiserfrage — Waffenstillstandsfrage — wenn es nur erst aus wäre! So mancher Krieger ist müde geworden, nervenmüde, seine politischen Neuen heissen nicht mehr die gesunde Spannkraft, sie sind nur noch zu erschüttern, diese Geschütterung fruchtet er soll. Nur wenige haben sich gesund erhalten. Die haben die letzten Geschehnisse in Deutschland in sich aufgenommen, hungrig in sich aufgeschluckt. Doch man zwingt sich zum Stillstehen, gewaltsam. Nur wenn an einer Haltestation der eine oder andere Kamerad müde aussieht, nach seinem Bündel greift, dann blüht es unter wenigen, abstrusen Worten auf: „Wart! Kamerad, ich helfe dir — hier — der Tornister — so — die Riste — wart! — die rechte ist — wart! — und nicht mehr: nachhelfen“

— bei der Stange bleiben —? — „Wie meinst du?“ er scheint mich zu verstehen — „Ich meine durchhalten, festhalten an dem Gedanken, dem Willen: Der Krieg muß in den nächsten Tagen aus sein! Es gibt keinen Zweifel! Dieser Krieg — für wen, für was? Wo, da weilt ja Bescheid!“ Ein erster, schwerer Herdbruch: „Also dann in dem Sinne, im besten Sinne auf Wiedersehen.“ „In Deutschland, Kamerad, in Deutschland!“ Der Zug fuhr schon wieder weiter in Dunkelheit hinein. Am Morgen brachte er mich nach Brüssel.

Vor dem Nordbahnhof kamen Kameraden: „He, du Kamerad, hast du Zeitungen, wie steht's in Deutschland?“ „Ja hier die letzten Nummern, gibt es hier denn keine Zeitungen mehr?“ „Nur spärlich und ganz unregelmäßig und der „Belgische Kurier“ — na, dies „Rüstblatt!“ „Ja mein Lieber, das Schicksal strafe die, die uns auch noch mit den Nachrichten betrügen!“ — Die Zensur im Feilde, ein Kapitel für sich! Doch die Zensur hat schon an die Tore der Läger und Betrüger geklopft! Brüssel! Hier suchte ich meine Truppe; ich fand sie, nach dreitägiger Zerstreuung, bereits zurückgezogen in einen Quartier Brüssels.

Am 6. November stehen die deutschen Zeitungen ganz aus. Nicht allein als Verächter dieser „Belgische Kurier“. Die Spannung unter uns Soldaten und der belgischen Bevölkerung wächst bis zum Äußersten. Was werden die Waffenstillstandsbedingungen bringen? Deutschland ist noch nicht frei, trotz Aufhebung der Zensur und des Versammlungsverbotes. Es waren doch wieder Versammlungen verboten worden in Berlin? Wo bleibt du, Volk?! Wo bist du, deutscher Arbeiter?!

Am 7. November bringt der Kurier die Zensur: Das Ultimatum der Sozialdemokraten. Wird Wilhelm II. der letzte sein? Er muß sein!

Am 9. November läßt der Abendkurier lange auf sich warten. Endlich! „Er hat abgedankt!“ Einer sagt es dem andern. Die Belgier atmen auch auf: „Eh bien!“

Erregte Gruppen an allen Straßenenden und Zeitungskiosken. Soldaten und belgisches Volk. Die Waffenstillstandsfrage reißt zurück. Man debattiert über Politik, Monarchie, Regimentschaft, Republik.

Als ich den „Kurier“ mit der Nachricht der Abdankung las, stand neben mir ein altes belgisches Mütterchen; sie schaute mir in die Augen und fragte: „Êtes-vous contents?“ „Ja, Madame, antwortete ich freudig in ihrer Sprache, — aber nur zufrieden für diesen einen Moment, indem ich die Nachricht in

mich aufnehme. Jetzt gilt es: weiter! Aufriedenes Stillhalten!

Ich eilte in die innere Stadt. Boulevard, Cafés, alles voll Soldaten. Im Soldaten- und Eisenbahner-Deim am Bahnhof Versammlung. Gerüchte: In Deutschland Revolution, Belgien Republik, Matrosen-Aufstand, Soldaten- und Arbeiter-Räte.

Eine laute Freude bei Deutschen und Belgiern bis tief in die dunkle Nacht hinein.

Der Tageserster Ordnung für Brüssel, den 10. November 1918, erhebt sich im Frührot. Morgenkurier landet die Regimentschaft Rang von Baden an. Das Hohenzollernhaus also noch nicht ganz erledigt! Nie und nimmer darf das sein! Masse dich zusammen deutscher Soldat und Arbeiter. Bitte dich, deutscher Bürger!

Am Nachmittag geht etwas am Nordbahnhof vor. Militärgesangene haben sich selbst befreit. Ihr Angriffspunkt ist der Offizier. Offiziersautos werden angehalten, Koffer nach requirierten Waren untersucht. Eine tausendköpfige Soldaten- und Volksmenge am Bahnhof. Im Soldatenheim Versammlung. Bildlich ist ein Zug in Bewegung — Rotarden sind entfernt. Man abgesehen heruntergerissen, Offiziere von der schweren Bürde ihrer Ämter befreit. Dort steht das Gouvernementsgebäude. Nur für wenige Momente noch harrt der Jammerschmerz, der Zeichen der alten Regierung, auf dem Gebäude. Der belgische Soldat marschiert, er hat schon seine rote Fahne, und nun kommt für ihn der größte Augenblick: er hebt seine rote Stange auf dem Gouvernementsgebäude. Der Gouverneur hat abgedankt. Der Soldatenrat Brüssel ist eingesetzt; ein Arzt, Freund mit Namen, sein Erster Vorsitzender. Die Zeit einer neuen Ordnung beginnt, einer erschwerteren Ordnung.

Die Waffenstillstandsbedingungen lassen uns zusammenzuden. Sie machen uns ernst, aber nicht verzweifeln, und antwortungslos für das, was nun zu geschehen hat, im Namen der republikanischen Freiheit!

Die Stadt ist wie aus den Fugen. Umherziehende Soldatengruppen mit roten Fahnen, Belgier mit schwarz-gelb-roten Massen auf Kneuen und Boulevarden.

Ein Gespräch auf der Tram mit zwei Belgiern.

Der belgische Bourgeois zu mir: „Ja, Ihr bekommt doch nicht die Republik. Wir haben unsere König, wir sind ein treues, katolisches Volk. Die Entente hat großartig gearbeitet, daß sie Euch jetzt noch die unzureichende Herrschaft gebracht hat!“

die seiner Zeit Direktor Mühlson gab und die sich sonst in allem als richtig erwiesen hat. Darnach hätte gerade der Kaiser sich in den entscheidenden Momenten sehr entschieden für ein hartes Vorgehen gegen Serbien eingesetzt. Vielleicht ähert sich Herz von Bethmann Hollweg noch einmal zu den Auslassungen seines ehemaligen Herrn und Gebieters.

Annohomen, die Darstellung, die der Kaiser selbst gibt, wäre richtig, so würde das für Wilhelm auch gerade kein Ruhmesblatt sein. Denn der Ex-Kaiser spielte dann bei der ganzen wichtigen Wärfare eine höchst königliche Rolle. Das auch, solange die Monarchie bestand, die Monarchen sehr oft nur die Geschworenen waren, hat die Sozialdemokratie zu nichts behauptet. Aber die Art, wie Wilhelm sich nach seiner Darstellung „schieden“ lieh, erscheint auch unter diesem Gesichtspunkt noch in ihrer Würdelosigkeit bemerkenswert.

### Oesterreich und Deutschland.

Dr. Rudo Hartmann hat gestern dem Staatssekretär Dr. Seif sein Beglaubigungsschreiben als Bevollmächtigter Vertreter der Deutsch-Oesterreichischen Republik überreicht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Anschlag Deutsch-Oesterreichs an Deutschland besprochen. Der Staatssekretär betonte dabei, daß der Entschluß Deutsch-Oesterreichs, sich mit den Stämmen des Reichs dauernd zu vereinigen, sich mit dem Willen und in leitenden Kreisen einen tiefen Eindruck hervorgerufen und freudige Begrüßung erweckt hätte. Diese Vereinigung aller deutschen Stämme in einen großen Gesamtsaat bedeute für uns die Erfüllung eines lang gegebten, wenn auch nicht immer laut ausgesprochenen Wunsches. Die deutsch-Oesterreichischen Brüder wären bei uns herzlich willkommen. Das Auswärtige Amt habe es sich angelegen sein lassen, alle Anknüpfungsbefestigungen zu lockern, und erkläre eine seiner wichtigsten und ehrenvollsten Aufgaben darin, an der Vereinigung und Verschmelzung beider Länder tätig mitzuwirken; es werde sich auch angelegen sein lassen, für die Interessen Deutsch-Oesterreichs auf dem Friedenswege nach Kräften einzutreten.

### Ein heftiger Protest.

München, 20. November. Das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner gegen die Reichsleitung hat das heftigste Staatsministerium veranlaßt, heute folgendes Telegramm an die Reichsregierung in Berlin und an das Staatsministerium in München zu richten: Das Staatsministerium der Republik Oesterreich protestiert gegen den vom bayerischen Ministerpräsidenten und Minister des Inneren des Reichs angetragenen Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Es sieht darin eine Gefahr für die Einheit des Deutschen Reichs und befürchtet, daß dadurch der Separatismus gefördert werden könnte. Es erwartet vom Gesamtsaat Bayerns, daß es seinen Ministerpräsidenten veranlaßt, den beschriebenen Schritt rückgängig zu machen, denn das nationale Interesse aller Deutschen erfordert dringend, die strikte Einheit aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrecht zu erhalten.

### Ein Appell an die Entente.

Der Bund Neues Vaterland wendet sich mit folgendem Appell an die Regierungen und die Völker der ganzen Welt: Die Errungenschaften der Deutschen Revolution lassen sich gegen konterrevolutionäre Bestrebungen nur sichern, wenn die Einheit des ganzen Volkes, insbesondere der Großstädte und der Industrieregionen gewährleistet ist.

Der Bund Neues Vaterland hat sich durch genaue Einsicht in den Stand der Ernährungslage davon überzeugt, daß das deutsche Volk beim alten Regime hierüber genau so betrogen worden ist, wie über die Kriegsverluste.

Da die Regierungen der Entente wiederholt erklärt haben, daß sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen dessen Herrscher führen, sprechen wir die Erwartung aus, daß sie die Leiden unseres Volkes nicht durch Maßnahmen erhöhen, die sie von ihrem Standpunkt glauben, als Sicherungen vor-

nehmen zu müssen, die aber überflüssig geworden sind, da sich das deutsche Volk ein für allemal von seiner gewalttätigen Autokratie befreit hat.

Die Welt kann davon überzeugt sein, daß die Fortführung der Revolution zur Schaffung konföderierter Verhältnisse nur möglich ist, wenn die geringen inländischen Vorräte durch sofortige Zufuhren des Auslandes in genügender Weise ergänzt werden.

### Der Zeitpunkt des Friedens.

Paris, 20. November. Die Mäler bestätigen, daß die Friedenskonferenz am Quai d'Orsay, nicht in Versailles stattfinden wird. Lord George wird gleichzeitig mit Wilson in Paris eintreffen. Bei dem Zusammenritt der vorbereitenden Sitzung werden die Delegierten einen Ausschuss ernennen, der die verschiedenen Fragen, im einzelnen zu studieren und der Konferenz Berichte vorzulegen hat, deren Beschlüsse endgültigen Charakter haben werden. Die Konferenz dürfte drei Monate dauern und die Unterzeichnung nicht vor April stattfinden.

### Ablehnung der Räte.

Kiel, 20. November. Das englische Geschwader hat am 20. November morgens 6 Uhr 30 Min. Slagen passiert und wird Rostock mittag in Rostock erwartet.

Wie verlautet wird das Geschwader am Sonnabend vormittag in Kiel eintreffen. Gouverneur Roske teilte in einer Versammlung mit, der Führer der zu erwartenden Entente-Kommission, der englische Admiral Browning, habe es abgelehnt, mit dem Kaiser Arbeiter- und Soldatenrat zu verhandeln.

### Die Strafe des Volkes.

Thorn, 20. November. In einer gestern abend hier abgehaltenen großen Versammlung, die vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufen war und einen förmlichen Verlauf nahm, forderten die polnischen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates den Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Gasse und des Stadtvorordners emeritierter Justizrat Scholz, die sich durch im Herrenhaus hyn. Reichstag gehalten haben den daß der Polen zugezogen haben.

### Die Kämpfe in Estland.

Helsingfors, 20. November. Von den Kämpfen in Estland liegen neue Einzelheiten vor. Nachdem die Bolschewisten Narwa nicht nur von Land, sondern auch von der See her zu beherrschen beabsichtigen hatten und als die dortige Arbeiterbevölkerung aus dem Rücken zu feuern begann, hat die dortige deutsche Division gestern die Stadt plamäßig geräumt und befindet sich auf dem Rückmarsch nach Welenberg. Bei Pleskau sollen deutsche Truppen erfolgreich Widerstand leisten. Die Nachricht, daß Dünamünde von den Bolschewisten angenommen sei, entbehrt jeder Grundlage. Die Esten sind um das Schicksal ihres Landes in großer Sorge; sie sehen sich außerstande sich mit eigenen Kräften der vordringenden Bolschewisten zu erwehren und wenden sich mit vordringenden Bitten um Hilfe hierher. Gegenwärtig hält sich hier das Mitglied der finnischen Regierung, Pokka, auf, um nicht bei den Vertretungen der Entente, sondern auch bei der finnischen Regierung für eine Disfaktion zugunsten Estlands zu wirken. Es verlautet, daß auch um Entsendung finnischer Truppen gebeten worden sei.

### Die deutschen Truppen in der Ukraine.

Kiew, 20. November. Reitungsmeldungen zufolge ist zwischen dem ukrainischen Verkehrsministerium und der deutschen Eisenbahnverwaltung eine Einigung über die Heimbeförderung der deutschen Truppen aus der Ukraine erzielt worden. Die Heimbeförderung wird etwa 3 Monate dauern, bei täglicher Abfertigung von sechs Zügen in beiden Richtungen.

Laut ukrainischer Telegraphen-Agentur ist zwischen dem deutschen Oberkommando und den nationalistischen Truppen Pakturats, die sich gegen die Hetman-Regierung erhoben haben,

ein Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen worden, dem weitere Verhandlungen in den nächsten Tagen folgen werden. Am 20. November verließ eine große Abteilung der Bolschewiki sich der Stadt Bologorod zu bemächtigen, wurde aber von deutschen Truppen zurückgewiesen, welche den sofortigen Rückzug zur Demarkationslinie forderten.

Reitungsmeldungen zufolge langte in Kiew ein Vertreter der ukrainisch-galizischen Regierung an, um die dauernde diplomatische Vertretung zu übernehmen. Die ukrainische Regierung überreichte dem polnischen Botschafter eine Protestnote gegen die Errichtung einer Abteilung des polnischen Ministeriums des Innern in Kiew und forderte die sofortige Aufhebung der genannten Behörde. — Laut ukrainischer Telegraphen-Agentur vollzieht sich die Räumung der Krime seitens der deutschen Truppen in voller Ordnung.

### Die Lage der Ostfront.

Berlin, 20. November. Die Delegation der Ostfront sieht sich veranlaßt, bezugnehmend auf die Erklärungen des Vorsitzenden des Vorkriegsrats Kollembuhr über die Lage der Ostfront folgendes mitzuteilen: Die Lage der Ost- und Maden-Armee ist keine verzweifelte, sondern die Ordnung in der Heimat aufrechterhalten bleibt. Im Osten erfolgt der Abtransport mit allen Kräften. Die Bahnen sind im vollen Betrieb und wesentliche Menschenverluste dürfen nicht zu erwarten sein. Vorkämpfe mit der einheimischen Bevölkerung finden nur in geringem Maße statt und bieten bei der mangelhaften Bewaffnung der Banden und Organisation unserer Truppen keine besorgniserregende Gefahr. Schwieriger ist nur die Lage der Armee in der Ukraine, deren Abtransport auf dem langen Schienenwege längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Lebensmittel sind dort in genügender Menge vorhanden. Die in Berlin weilenden Vertreter der Armee versichern, daß besorgniserregende Hoffnungen bestehen, daß der Abtransport in völliger Harmonie mit der Bevölkerung vor sich gehen wird. Die Maden-Armee muß wegen der völlig ungerechten Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Entente in Ungarn interniert werden. Solange Ordnung und Disziplin in der Armee herrschen, wird sie ungehindert bis zum hohen Abschluß des Präliminarvertrages in Ungarn weilen können. Dann wird auch sie bis auf den letzten Mann in die Heimat transportiert werden. Wenn also auch die Lage der Armee nicht völlig ungesährlich ist, so besteht doch die sichere Hoffnung, daß bis auf einzelne unbedeutende Verluste auch der letzte Mann von Osten und Südosten wieder in die Heimat zurückkehren wird. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die Organisation, die das Kriegsministerium zum Abtransport der Ostarmee vorbereitet, nicht durch Unruhen und Aufkündigung der Ordnung in der Heimat gefährdet wird. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist die erste und letzte Bedingung für die glückliche Heimkehr von fast einer Million Kameraden aus dem Osten und Südosten. Die Auflösung der Ordnung in der Heimat bedeutet die Erhebung der Letzen, Finnen, Polen, Russen, Ukrainer und Rumänen gegen die im Osten stehenden deutschen Truppen. Gafset Ruhe und Ordnung! Bewahrt die Einheit des Deutschen Reichs und alle Eure Brüder werden zurückkehren.

Delegation der Ostfront.  
Cehme, Bergmann.

### Drei Millionen Truppen in den Rheinlanden.

Düsseldorf, 20. November. Nach Mitteilungen der einzelnen Oberkommandos beträgt die Zahl der Truppen, die zur Zeit auf dem Heimmarsch durch die Rheinlande beziffert sind, rund drei Millionen Mann, die eine Million Pferde mit unschätzbarem Material an Kriegsmaterial und Bagage mit sich führen. Es handelt sich hierbei um die erste, dritte, vierte, fünfte, sechste, siebente, achte und neunte Armee.

Bisher haben sich aus der Ueberflutung der Rheinlande mit soviel Menschen keinerlei nachteilige Folgen für die Ernährung der rheinischen Zivilbevölkerung bemerkbar gemacht, da sich die Truppen aus eigenen Beständen verpflegen.

### Eine empörende Proklamation.

Wien, 20. November. In Pragatz wurde folgende Proklamation angeschlagen:

An die Bevölkerung mosaischer Konfession der Stadt Pragatz.

Der belgische Arbeiter:  
Hui Tenkell Die Republik kommt auch für Belgien Bürger und Arbeiter sind die größten Verbrecher am freien Reichentum. Die internationale Arbeiterfreiheit ist auf dem Marsch!  
— Ich konnte nichts antworten. Ich drückte nur fest die schwelge Arbeiterhand und lies ab.

An der Börse 9 Uhr abends. Jeder Straßenverleher froh! Eine rote und eine belgische Fahne flattert dem Zuge voran, der sich vom Bahnhof heranzieht. Es ist das belgische Volk, befreit, aufzuehnd nach vierjähriger deutsch-militärischer Anrechtshast. Auf für den Belgier beginnt eine neue Zeit des Kampfes zwischen Bourgeois und Arbeiter.

Der Zug steht; ein Redner auf der obersten Stufe der Börse. Das Volk stünd aus allen Redenstrahlen zusammenströmend: Nationalhymne und Karfreitagslied. Eine gewaltige Demonstration! Ich eile von Straße zu Straße, ich schaue in Restaurants, Cafés; überall ein lockeres Temperament, fröhliche, belgische, Entente-Fahnen und Fähnlein in Quirlen oder auf Tischen, Säulen, Knopflöchern.

Der deutsche Offizier ist verschwunden. Der deutsche Soldat verbleibt am Bahnhof, in seinen alten „Heimen“ und im Gourenementgebäude und sein Rat trifft die Vorbereitungen zu einer Verbrüderung mit dem belgischen Volk.

### Mehr Propaganda!

Revolutionärer Geist läßt sich nicht züchten. Wohl aber liegt in unserer Macht, wo immer auch nur ein einziger Punkt in der Masse verorteter Anschauungen sich befindet, diesen zu lobenden Klängen zu erschauern.

Wer den Regungen der Volksseele in den letzten Tagen aufmerksam nachspürte, dem mußte nach einer kurzen Zeit der Hochspannung eine Ermüdung ausfallen, die beinahe über ein normales Zurückschwingen hinausging. Der Goethepruch:  
„Begeisterung ist keine Heringware.  
Die man eindeckelt auf viele Jahre.“  
bewies auch hier seine Richtigkeit. Noch weniger wie ein einzelner Mensch in ständiger Ekstase leben kann, so vermag dies ein ganzes Volk aber auch nur eine Klasse.

Die eingetretene Erschlaffung macht sich die Reaktion mit allen Kräften zunutze. Durch offene und unterirdische Kanäle versucht sie die Volksseele zu vergiften und zu befechten. Unter dem Vorwand, gegen den Bolschewismus zu Felde zu ziehen, be-

kämpft sie alle sozialistische Maßnahmen und versucht gegen sie mit mehr oder weniger Erfolg eine Pogromstimmung zu schaffen. Unter dem patriotisch besorgten Heer versucht sie unter der Flagge der Nationalversammlung gegen die revolutionäre Macht anzukämpfen, ja, sie ist dreist genug, den durch ihre Verbrechen bedingten vollständigen Zusammenbruch auf den Sündenboden „Revolution“ abzumögen.

Das alles sind bedeutungsvolle Zeichen der Zeit.

Betriebsame politische Chamäleons schwanken bereits zwischen rouge et noir und die anfangs verführte Bourgeoisie läßt an fähner Dreistigkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen zu einem guten Teil darin, daß wir unsere Macht nicht genügend ausnützen, ja, daß wir viele und gegebene Möglichkeiten, während wir wirken, brach liegen lassen. Dem Studium der Volksseele, dem Nachgehen ihrer feinsten Regungen scheint leider in weiten Kreisen unserer Partei, dank einer Uebertreibung des Fortwärtens, nicht genügend Wert beigemessen zu werden, obwohl doch die Kriegsverluste ein lehrreiches Beispiel dafür sein sollte, wie sehr gerade mit diesen Imponderabilien zu rechnen ist. Hierin können wir viel von der sozialistischen Kirche lernen, die wohl weiß, wie sehr schwebende Neugierigkeiten ein starkes geistiges Publikum antreiben.

Auch wir brauchen, sagen wir schon das schreckliche Wort, eine gute Regie und daran hapert es in recht bedenklicher Weise. Ein paar kleine Beispiele nurl! Wie niederdrückend wirken die paar roten Fahnen, die inmitten einer Heerschar von sich ausschenden und blühenden schwarz-weiß-roten Fahnen wie ein jämmerliches Ueberbleibsel verschwundener Macht anmuten. Ist es der sozialistischen Republik unmöglich, für roten Fahnenstoff Sorge zu tragen?

Ferner: Wer kennt nicht noch die verlogenen Plakate, die die Arbeiter von Belgien und Wien weg der kalten Welt in buntem Widersitz forderten und den U.Boot-Krieg feierten. Dem sind nicht noch Erinnerungen von all den verbotenen Zeiteln, Aufzügen, heißen Gelbes, die einem auf Schritt und Tritt, in den Bahnhöfen, in den Straßenbahnen, an den Schaufenstern und öffentlichen Gebäuden, auf dem platten Land, überall hin, verfolgten.

Verbrecherisches Gekindell! Ja, doch es verstand die Bevölkerung der orientierten Welt, und wir — laum da und dort ein paar ärmliche Ausforderungen, die sich wie schmerzliche Zeugnisse der Papiernot ausnehmen.

Warum haben wir keine Propagandazentrale, die in Wort, Schrift und Bild die Verbrecher des kapitalistischen Systems an den Pranger stellt, von allen Seiten auf die Massen einwirkt und sie zum Nachdenken zwingt. S'en wir uns doch klar darüber, daß bei der großen Masse erst das Gefühl und dann das Hirn in Aktion tritt. Schaffen wir unter Heranziehung von Künstlern auffällende Plakate, auch solche satirischen Inhalts. Beispiele: die schwerindustrielle Presse als Kriegshebel! Diplomaten! Verlustgiffer der Arriege im Vergleich zu den revolutionären Umwälzungen, Entwürfen von Tellen des sozialistischen Programms! Die Verbrecher des Imperialismus! Kriegsgewinnler! Die Arbeit als werkschaffende Kraft!

Ferner Verstaatlichung der Filmindustrie oder zumindestens Verträge in unserem Sinne.

Große Demonstrationen des werktätigen Volkes und der Soldaten mit russi und roten Bannern. Veranstaltungen für die Kinder des Volkes!

Aufklärung vor allem auch der Landarbeiterschaft durch Agitatoren, Zeitungen und Vorträge.

Das alles ist nur ein verschwindend kleiner Teil der uns gebotenen Möglichkeiten.

Auf der anderen Seite müssen wir unsere revolutionäre Macht in allen vorliegenden Bereichen, die sich ohne große Schwierigkeiten entfalten lassen, zum Staatsgegenstand erklären und die Arbeitslosigkeit weichen. Und von allen Dingen müssen wir gegen alle konterrevolutionären Bestrebungen mit äußerster Energie vorgehen. Verbotene Worte, denen keine Folgen folgen, werden uns von der Reaktion und einem großen Teil der Arbeiterkass nur als Schwäche ausgelegt. Tausende unserer Brüder und Schwestern schmachteten in Gefängnissen, Zuchthäusern oder in der Zuchthaus, festgehalten von den Schergen eines Systems, das nur von Interesse einiger Autokraten diente. Unsere revolutionären Freundschaften sollten zu wertvoll sein, um sie einer falschen Sentimentalität auszuhebeln. Um so mehr, als es sich jetzt um das Wohl eines ganzen Volkes handelt und nicht mehr um eine Handvoll Parasiten und blutdurstiger Schützen.

Geben wir den Massen Selbstvertrauen und Sicherheit, wirken wir auf jede Weise auf ihre Deuten und Fühlen ein, so können wir in einem händigen Wechselstrom des Kraftgebens und Kraftempfangens, getragen von revolutionärem Geist, die Welt des Sozialismus allen Stürmen zu Trotz aufbauen und bestehen.

Bruno Schönau.

In Anbetracht der notorischen Tatsache, daß im Kampfe um die Eroberung Preussens die Juden die zugesicherte Neutralität nicht eingehalten haben und auf die fürmenden polnischen Kolonnen geschossen haben, fordere ich die jüdische Gemeinde auf, beim Kreiskommando der polnischen Legion in Preussisch eine Kaution von 3 Millionen Kronen zu deponieren. Diese Kaution verfällt im Falle von Ausschreitungen der jüdischen Bevölkerung zugunsten der Sache des polnischen Militärs. Diese Kaution hat bis spätestens 21. d. M. 12 Uhr mittags hinterlegt zu werden. Sollte sie jedoch bis zu diesem Termin nicht deponiert sein, werde ich meinen Soldaten den Auftrag erteilen, sich den Betrag von 3 Millionen Kronen bei der jüdischen Bevölkerung zu holen.

Lofargewski, m. p.  
Oberleutnant und Kommandant.

### Das neue südslawische Reich.

Laibach, 20. November. Das Laibacher Korrespondenz-Bureau meldet aus Belgrad: Heute vormittag begannen Verhandlungen zwischen den Delegierten des südslawischen Nationalrates in Karan und den Vertretern der Regierungen und Parlamente der Königreiche Serbien und Montenegro. Die Verhandlungen betreffen die Maßnahmen, die infolge der proklamierten Vereinigung aller südslawischen Gebiete zu einem einheitlichen Staate durchzuführen sind. Die zu treffenden Bestimmungen werden jedoch nur solange gelten, bis durch die einzuberufende Konstitution auf allen südslawischen Gebieten eine endgültige Verfassung geschaffen wird.

### Die Notenhamsterei.

In der Sitzung des Zentralausschusses teilte der Präsident der Reichsbank, Dr. Hadenstein, mit, daß die Nachfrage nach Zahlungsmitteln in verstärktem Maße andauere. Der Gesamtumsatz der papierenen Zahlungsmittel liegt in der Zeit vom 24. Oktober bis 23. November um den gewaltigen Betrag von 2085,5 Millionen auf 28.017,0 Millionen Mark. Auch die Bestände an Scheidemünzen müßten zur Linderung der Zahlungsmittelnot herangezogen werden. Dabei konnte den Anträgen auf Vergabe von Zahlungsmitteln nur zum Teil entsprochen werden.

Daran knüpfte Dr. Hadenstein einen Appell an die Bevölkerung, zur Besonnenheit zurückzukehren und keine Noten aufzuspeichern, denn das bedeute eine Schädigung der Allgemeinheit.

Wir haben bereits ausgeführt, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt Notrhamsterei kein Unglück für die Gesamtheit bedeutet. Sie bildet nur eine Verlegenheit für die Reichsbankverwaltung, die verabsäumt hat, genügend Vorbereitungen zu treffen, damit auch in kritischen Zeiten der Zahlungsbedarf befriedigt wird.

Ferner teilte der Präsident noch mit, daß das Ergebnis der Kriegsanleihe mit Ausschluß der noch ausstehenden letzten Zeichnungen 10,4 Milliarden betrage.

### An sämtliche preußische Regierungen.

Es sind uns in den letzten Tagen von aus den Reichsländern gesuchten Lehrern und Lehrerinnen Gesuche um Anstellung im preußischen Volksschuldienst zugegangen. Da wir von hier aus Lehrstellen nicht zu besetzen haben, so können wir solche Bewerber und Bewerberinnen nur auf die Berufungsberechtigten verweisen. Wir ersuchen darum die Regierung, bei der Besetzung von Lehrern und Lehrerinnenstellen Bewerber aus den Reichsländern nach Möglichkeit zu berücksichtigen und auch auf die berufsberchtigten Schulverbände in diesem Sinne einzuwirken. Von der bisher gestellten Forderung einer Ablegung der zweiten Lehrprüfung für außerhalb Preussens geprüfte Lehrer und Lehrerinnen ist in diesem Falle abzusehen, wenn es sich um solche Bewerber handelt, die bereits die zweite Lehrprüfung abgelegt und sich im Schuldienst bewährt haben. Sollten sich bei der Anrechnung des Dienstalters für diese Lehrer und Lehrerinnen Schwierigkeiten ergeben, so ist hierüber zu berichten und die Entscheidung des Ministers anzurufen.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

### Aus der Partei.

In einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung der U. S. P. in Erfurt am 27. November wurden nach einem Referat des Genossen Mehrhof und einer eingehenden Aussprache folgende Richtlinien für unsere Politik und Taktik angenommen.

Die Versammlung erklärt sich zunächst mit den Beschlüssen und dem Ergebnis der Reichskonferenz der Freistaaten einverstanden.

Die verantwortlichen Kriegsheber und Schuldigen am Unglück des deutschen Volkes sollen vor ein Gericht gestellt werden. An unsere Genossen in der Zentralkleitung der Partei und in der Regierung richtet die Versammlung eindringlich die Aufforderung:

1. Prinzipiell die Einberufung der Nationalversammlung zu erstreben. Die Teilnahme an den Wahlen muß allen Volksgenossen und Genossinnen in der Heimat und nach vorausgegangener politischer Aufklärung gesichert werden. Die Wahl kann also erst nach vollständig durchgeführter Demobilisierung durchgeführt werden.

2. Die Parteileitung und die Genossen in der Regierung müssen für geschlossenes Zusammenarbeiten aller revolutionären Kräfte im Reich wirken. Voraussetzung für dieses Zusammenarbeiten ist die prinzipielle Anerkennung der Notwendigkeit des Zusammentritts der Nationalversammlung nach vollzogener Demobilisierung.

3. Der politische Kampf bei der Wahl zur Nationalversammlung muß und soll vom gesamten werktätigen Volke geschlossen gegen die Reaktion geführt werden. Eine Verständigung mit der Parteileitung der Rechtssozialisten über eine gerechte Verteilung der Kandidaten auf beide Parteien und ein geschlossenes Vorgehen im Wahlkampf muß erzwungen werden. Sobald es die Verhältnisse gestatten, muß ein Parteitag einberufen werden, dem die Beschlüsse über die wichtigsten taktischen Fragen überlassen bleiben muß.

Die Versammlung beauftragte den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins U. S. P. D. diese Richtlinien als Willensäußerung der Erfurter Genossen und Genossinnen der Zentralkleitung der Partei in Berlin zu übermitteln.

### Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer 48 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ (früher „Sozialistische Wochenschrift“) enthält folgende Beiträge: S. Repple, Propaganda für den Sozialismus; Otto Rosen, Von der Theorie zur Praxis; A. Marchionni, Sozialismus und Landwirtschaft; L. V. Der Wille der Frauen; Bruno Schönlank, Revolutionsber.

Einzelnummern des „Sozialist“ sind zum Preise von 50 Pf. in der Expedition der „Freiheit“ und bei den Straßenhändlern erhältlich.

## Gewerkschaftliches.

### Die neuen Lohnverhältnisse.

Uns wird geschrieben: In der Abendausgabe der „Freiheit“, dem 28. November, las ich von der Neuregelung der Lohnverhältnisse bei der Firma Siemenswerk. Die scharfen Lohnunterschiede zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern setzten mich ins Erstaunen. So sollen gelernte Arbeiter 3 Mark bis 3,30 Mark erhalten, ungelernete Arbeiter pro Stunde nur 2 Mark. Diese Unterschiede müssen auf die ungelerten, organisierten Arbeiter empörend wirken. Wir haben früher den hohen Einkommensunterschied zwischen bestehenden Klassen und Arbeitern kritisiert und können ihn heute erst recht nicht gutheißen. Aus diesen Gründen heraus sollte man aber auch innerhalb der Arbeiterklasse nicht solche tiefe Lohnunterschiede zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern treffen. Letztere fühlen sich dadurch zurückgesetzt, es kommt zu Geheuligkeiten, und der Organisationsgedanke hat schwer darunter zu leiden. Man soll doch nicht vergessen, daß gerade die ungelerten Arbeiter die schwerste und schmutzigste Arbeit verrichten müssen und dafür am schlechtesten bezahlt werden. Oder hat der ungelernete Arbeiter sonstige Vorteile gegenüber den gelernten? Mühen wir nicht ebenfalls Mühe begahnen, bekommen wir die Lebensmittel billiger? Man sollte nicht innerhalb der Arbeiterklasse den Klassenunterschied pflegen. Wir bilden eine einheitliche, kämpfende Macht. Verstößen wir sie nicht durch allzu große Abstufungen im Lohnverhältnis.

Die Hotel- und Restaurantangestellten wachen auf! Die Angestellten der Hotel- und Restaurantbetriebe standen bisher zumeist der freien Gewerkschaft, dem Verband der Gastwirtschaftlichen, fern. In den ersten Revolutionstagen bildeten sich in den einzelnen Betrieben Angestelltenvereine, die sich zu einer „freien Vereinigung“ zusammenschlossen und rasch eine erfolgreiche Agitation gegen die übrigen Betriebe entfachte. Am Donnerstag hielt die freie Vereinigung ihre erste besuchte Mitglieder-versammlung ab, in der über 4000 Stimmen der Berufskollegen vertreten waren. Es wurde mitgeteilt, daß bisher in über 50 Betrieben Angestelltenvereine gebildet wurden, die der freien Vereinigung beitreten. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Herrn A. Boumeister über die Hotel- und Restaurantangestellten im neuen Deutschland, wurde einstimmig beschlossen, die schon mit Hilfe der Gewerkschaftskommission eingeleiteten Verhandlungen mit dem Verband der Gastwirtschaftlichen zwecks Anschluß als besondere Ortsverwaltung fortzuführen. Im übrigen will die Vereinigung, die sich aus Mitgliedern aller Berufsvereinigungen zusammensetzt, die Verschmelzung aller Vereine in der freien Gewerkschaft, auch über die Ämter inner rührfähigen Führer hinweg, herbeiführen, und alle jene Kreise dem Verbands zuführen, die bisher nicht zu erreichen waren. Auch wurde eine Eingabe an die Verbände gerichtet, die Schließung der Betriebe durch Freigabe des Weinverkaufes bis 9 Uhr abends zu vermeiden. In der lebhaften Diskussion, an der sich Vertreter der Kellner, Köche und des weiblichen Hilfspersonals beteiligten, kamen viele arge Mißstände zur Sprache, insbesondere rückständige Entlassungen, doch konnte das Bureau mitteilen, daß die neue Regierung energischen Schutz gegen Willkür der Unternehmer zugesagt habe und auch nicht vor der Schließung oder Enteignung solcher Betriebe zurückzusehen wird, deren Inhaber den Geist der neuen Zeit sich noch wiederversuchen wollen. Gegen die Verschmelzung gewisser Vereine, die ausländischen Kollegen zur Mitarbeit zu zwingen, wurde einhellig Protest eingelegt. Für die Agitation wurden in der Versammlung 679 Mark gesammelt, außerdem 200 Mark für den Blindenfonds des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

## Groß-Berlin.

### Aufruf an die Gemeindebeamten!

Der Vorstand des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preussens (U. S. P. 36 000 Mitglieder) hat an die Gemeindebeamten folgende Aufruf erlassen: Schwere Zeiten sind herein gebrochen. Die politische Umwälzung stellt die Gemeindebeamten auf eine harte Probe. Die Not des Vaterlandes erheischt jedoch die Befestigung aller Gewissensbedenken und fordert unsere tatkräftigste Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Fortführung des Wirtschaftslebens und Sicherstellung der Volksernährung, indem wir unsere Kraft den neuen Gewalten zur Verfügung stellen. Wir bitten die Amtsgenossen, unter Einordnung in die gegebenen Verhältnisse nach wie vor ihre Amt- und Dienstpflichten in vollem Umfange zu erfüllen. Seien wir uns bewußt, daß ein Versagen der Beamtenschaft unabsehbare Folgen haben würde. Die Gemeindebeamtenschaft darf aber auch erwarten, daß die neue Regierung und deren Organe unsere wohlerworbenen Rechte in jeder Beziehung hochhalten und unsere Interessen fördern wird. Den Ortsvereinen und weiteren Verbänden der Gemeindebeamten wird empfohlen, sich in den neuen örtlichen Räten und sonstigen Körperschaften eine entsprechende Vertretung zu sichern, wie dies in verschiedenen Orten bereits geschehen ist.

Kleinwohnungsbau von Berlin-Coblenzstraße. Wie eine Anzahl Groß-Berliner Gemeinden hat auch die Gemeinde Coblenzstraße seit geraumer Zeit mit den Vorbereitungen für eine Kleinwohnungsbau begonnen und hierfür ein Gelände von ca. 50 Morgen zur Verfügung gestellt. Dasselbe liegt an der Gabelung des Wartenberger und Ralkower Weges und wird nach Norden zu von dem im Bedauensplan vorgesehenen Dauereisenbahntrasse begrenzt. Die Entwurfsarbeiten liegen in den Händen des Professors Otto Ruhlmann. Die Randbebauung ist dreigeschossig gedacht, während das verbleibende Gelände mit Einfamilienhäusern, als Einzel-, Gruppen- und Reihenhäuser bebaut wird. Jedes Wohnhaus bekommt einen Garten von ungefähr 150 Quadratmeter Größe. Die Häuser selbst enthalten außer einer Wohnküche 2-3 Zimmer und Zubehör.

Außer den kleinsten Wohnungen sind auch solche für den gehobenen Arbeiterstand (Vorarbeiter, Werkmeister, Beamten) mit etwas größeren Wohnungen geplant. Die Häuser sollen vermietet werden, aber auch in dauernden Besitz anderer übergeben können. Im nächsten Jahre soll mit dem Bau der Siedlung begonnen werden und wie wir hören, sind Voranmeldungen für Häuser schon sehr zahlreich. Die Verbindung der Straßen mit Berlin ist äußerst günstig. Die Endstation der Straßenbahnlinien 64 und 164 ist nur ca. 150 Meter von dem Siedlungsgelände entfernt und wird später bis an dasselbe herangeführt.

Unterbringung der heimkehrenden Truppen in Neuss. Außer den von der Militärverwaltung bereits benutzten Schulen sind neuerdings zur Unterbringung heimkehrender Truppen zur Verfügung gestellt worden die Schulen Amseckstraße 23, Thomaststraße 20/21 und Kaiser Friedrich-Straße 4. Ferner werden auf Antrag der Kommandantur Berlin binnen 24 Stunden geräumt die Oberrealschule Emser Straße, die Realschule Bobbinstraße, sowie das Privatgymnasium am Richardplatz. Durch die

getroffenen Maßnahmen wird eine Störung des Schulunterrichts nicht erfolgen.

Die Stadt hat durch Beschaffung von 5000 Strohfäden und über 30 000 Kilo Holzwole zum Füllen der Säcke Vorsorge getroffen, daß keiner der hier eintreffenden Soldaten ohne Lagerstätte ist. Für die Verpflegung durch die Volksküche ist ebenfalls gesorgt. Der Preis beträgt für das Morgen-, Mittag- und Abendessen 1 Mark. Auch Einzelquartiere zur Verberbergung solcher ehemaliger Militärpersonen, die vor der Einberufung zum Militär in Neuss ihren Wohnsitz hatten, stehen in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Wo der Quartiergeber nicht in der Lage ist, ein ungeheiztes Zimmer herzugeben, liefert die Stadt auf Antrag Bettstellen und Strohfäden.

Eine Quartierbeschneidung wird nur ausgehändigt, wenn der Nachweis geführt wird, daß eine Entlassung statgefunden hat bzw. nicht erforderlich ist, und der Verdacht aufstößt, etwelcher Art Krankheiten nicht besteht. Sollten Bürger Quartiere in genügender Anzahl freiwillig nicht zur Verfügung gestellt werden, so müßte zu einer Zwangsquartierung geschritten werden.

Wehr rote Fahnen! Uns wird geschrieben: Auf Wunsch der Behörden sind die Straßen Berlins bekanntlich seit einigen Tagen beflaggt. Aus alter Gewohnheit, teils auch aus anderen Gründen haben die meisten Bewohner ihre von früher her vorhandenen schwarz-weiß-roten Fahnen herausgehängt. Auch wenn bei einigen die alten Fahnen gemässert eine beabsichtigte Opposition gegen die vereinigt schwebenden Fahnen darstellend würden sicherlich viele gern rote Fahnen benutzen, wenn sie solche ohne weiteres erhalten könnten. Es wäre daher sehr erwünscht, daß von Seiten der Behörden ein Zentrallager für rote Fahnen eingerichtet wird, in welchem jeder gegen Ablieferung einer schwarz-weiß-roten Fahne eine rote Fahne in ungefährr gleicher Größe ohne besonderes Entgelt erhalten kann.

Haishmeldungen. Das „Berliner Tageblatt“ bringt die Meldung, daß sich sämtliche Funkstationen in der Hand der „Unabhängigen“, die der Spartakusgruppe nahe stehen, befinden und daß diese „Unabhängigen“ ihren Wünschen entsprechende Nachrichten verbreiten. Demgegenüber stellt die Zentralfunktion fest, daß sich sämtliche deutsche Funkstationen unter der Kontrolle der Volksbeauftragten, aller interessierten Reichsstellen und des Volksgenossen befinden, so daß jeder Mißbrauch durch irgendeine Partei ausgeschlossen ist.

Das „U. L.“ behauptet weiter, daß die Leitung der Volkischen Telegraphenbureau in den Händen der Unabhängigen Sozialdemokratie liegt. Auch diese Behauptung ist falsch.

Oesterreichische Kriegserfrauen erhalten den Unterhaltsbeitrag für den Monat Dezember in den ersten Tagen des Monats durch Postcheck überwiesen. Die Überweisung ist infolge technischer Schwierigkeiten zum 1. Dezember nicht möglich. Die Mittel sind bereits bereitgestellt, wie durch den Volksgenossen der oesterreichischen Soldaten zu Berlin einwandfrei festgestellt ist.

Der Postverkehr nach dem Osten ist nicht gänzlich gestoppt. Es besteht lediglich eine Päckchen-sperrung, hingegen können Briefe nach wie vor befördert werden. Es liegt im Interesse der im Osten befindlichen Truppenteile, daß die Verbindung mit dem Heimat nicht abreißt.

Die Friseurgehilfen und -gehilfen werden in einer allgemeinen Versammlung am Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsraum (Festsaal) zur Einführung der Achtstundentages und damit der vollständigen Sonntagsruhe Stellung nehmen.

Lichtenberg, Soldatenversammlung. Am Freitag, sagte im „Schwarzen Adler“ zu Lichtenberg eine Versammlung von Soldaten. Genosse Diezengart sprach über die Ursachen der Revolution und ihre Ziele. In der Diskussion sprachen sich alle — mit Ausnahme eines Redners — gegen die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung aus. Gegen wenige Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Lichtenberger Soldaten auf den Boden der sozialistischen Republik stellen. Sie erwarten von dem Rat der Volksbeauftragten, alles zu tun, um eine sofortige Sozialisierung der Produktionsmittel und der dazu reifen Betriebe in die Hand zu nehmen. Sie erklären weiter, in der Nationalversammlung nicht allein seligmachende Pöhl zu erblicken, sondern verlangen eine durchgreifende Agitation und Aufklärung des Proletariats und die Einführung der sozialistischen Forderungen, ehe zu der Wahl einer Nationalversammlung geschritten wird.

## Letzte Nachrichten.

### Tschechische Kohlentransporte für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 30. November. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ ist von Seiten der Entente der tschechischen Regierung in Prag die Notwendigkeit nahe gelegt worden, Deutsch-Oesterreich weiter mit Kohle zu beliefern. Die Vorschläge haben auch bereits eine gewisse Wirkung ausgeübt, denn die Kohlenzufuhr aus Böhmen hat sich in den letzten Tagen nicht unerheblich gebessert.

### Die italienische Belegung.

Jansbrud, 20. November. Aus dem Vukertale kommen Berichte, daß durch fortgesetzte Requirierungen der Italiener Hungersnot bevorstehe. In wenigen Wochen sei mehr requiriert worden als in drei Jahren. Infolge Mangel herrscht eine erschreckend hohe Säuglingssterblichkeit. In Bruneč, Toblach und Winterberg errichteten die Italiener italienische Schulen und zwingen deutsche Eltern, ihre Kinder in diese zu schicken. Die Linderung als abgefallene Italiener werden den Italienern grausam behandelt.

### Unterjuchung über die Vorgänge in Lemberg.

Die in Berlin weilenden Delegierten des Polnischen Obersten Volksrates senden dem U. S. P. eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die Darstellung der Berliner Wälder betreffend die angeblichen Pogrome in Lemberg vom 21. und 22. d. Mis. halten wir nach den bisherigen Erfahrungen mit den Nachrichten, welche in der letzten Zeit überhaupt aus dem Osten kamen, für völlig unglaubwürdig.

Um der absoluten Wahrheit auf den Grund zu kommen, haben wir der Warschauer Regierung nahegelegt, daß die Untersuchung einer internationalen Kommission anvertraut werde.

Sollte die Untersuchung auch nur den geringsten Anhalt für die Beschuldigungen der Berliner Presse ergeben, so werden wir auf die strengste Bestrafung aller Schuldigen durch die zuständigen Organe drängen, denn wir sind der Ansicht, daß in dem künftigen Polen jeder Einwohner ohne Rücksicht auf sein Bekenntnis oder seine Abstammung sich der völligen Sicherheit seines Lebens, seiner Freiheit und seines Besitzes erfreuen soll.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Kretschmer, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. B. O. Schiffbauerdamm 19.